

«Evidenz und Werte – über beides muss diskutiert werden»

Als diplomierte Mathematikerin und Statistikerin hat sich Charlotte Werndl in ihrer Dissertation der Philosophie zugewandt. Zurzeit erforscht sie an der London School of Economics am Beispiel des Klimawandels den Umgang mit Unsicherheit. Im Sommer 2014 wird sie an der Universität Salzburg den Lehrstuhl für Wissenschaftsphilosophie übernehmen. Charlotte Werndl hat sich im Vorfeld zu unserem Gespräch mit Richard Bradley abgesprochen, einem Spezialisten für Philosophie der Ökonomie und Entscheidungstheorie.

TA-SWISS: Die Klimaforschung liefert der Politik Argumente für «entgegengesetzte» Strategien: So berufen sich sowohl Befürworter der Kernenergie als auch Anhänger der Energiewende auf den Klimawandel. Wie erklären Sie aus philosophischer Sicht, dass die gleiche Evidenz zu gegenteiligen politischen Schlüssen führen kann?

C. Werndl: Das hat damit zu tun, dass die Evidenz immer nur eine Komponente darstellt, wenn es darum geht, Entscheidungen zu fällen. Oder anders gesagt: Von Evidenz allein lässt sich keine Handlung ableiten. Vielmehr entstehen die Vorgaben für Handlungen aus dem Zusammenspiel von Evidenz und Werten. So sind die Anhänger der Kernenergie offenbar bereit, ein gewisses Risiko einzugehen, während ihre Gegner ein solches strikt ablehnen. Die Datenlage ist eindeutig, aber sobald die Werte ins Spiel kommen, gelangen wir aufgrund der gleichen Evidenz zu unterschiedlichen Schlüssen.

Wie gut sind wir Menschen überhaupt in der Lage, unser Handeln an neuen Fakten auszurichten?

Die Fähigkeit, unser Verhalten zu ändern, wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. So ist es immer schwierig, Handlungsweisen unvermittelt zu ändern. Und Änderungen, die für uns unangenehm sind, fallen uns besonders schwer. Vor Kurzem hat sich die Weltgesundheitsorganisation dafür ausgesprochen, den täglichen Zuckerkonsum zu senken. Das fällt uns viel schwerer, als wenn wir im Gegenteil mehr Süßigkeiten essen dürften. Besonders schwierig wird es, wenn neue Evidenz zeigt, dass unsere Handlungen auch negative Konsequenzen mit sich bringen. Wir müssen dann erst reflektieren, wie viel uns etwas wert ist. Das ist etwa beim Rauchen der Fall. Es steht zwar ausser Zweifel, dass Rauchen der Gesundheit schadet, aber viele Raucher sagen, das Gefühl der Entspannung und der Anregung sei ihnen viel wert. Daher erkennen viele Philosophen auch im «unrationalen» Handeln eine gewisse Rationalität.

Man könnte also sagen, dass es verschiedene Rationalitäten gibt?

Ja, das stimmt. Es gibt Rationalität in Bezug auf Fakten, aber auch in Bezug auf Werte und Emotionen. Interessant ist zudem, dass wir wissen, wie sich eine Handlung anfühlt, die wir kennen. Wenn wir diese ändern, sind wir unsicher, wie sich das anfühlen wird, und da Unsicherheit mit negativen Gefühlen verbunden ist, kann es auch

als rational gesehen werden, diese Unsicherheit zu vermeiden und am Gewohnten festzuhalten.

Bringt Wissenschaft überhaupt «Evidenz» im Sinn von objektiver Wahrheit hervor, die handlungsleitend sein kann?

Wissenschaftliche Evidenz ist gerade in der Politik sehr wichtig. Es gibt ja durchaus politische Akteure, die rein wertgetrieben handeln und Evidenz ignorieren. Das ist nicht rational. Wissenschaft zeichnet aus, dass sie in vielen Fällen zutreffende Vorhersagen liefern kann – etwa zum Verlauf der Planeten, im Hinblick auf naturwissenschaftliche Gesetzmässigkeiten und eben auch hinsichtlich des Klimawandels. Das ist etwas Objektives und für die Politik sicherlich sehr wichtig. In der Philosophie stärker umstritten ist hingegen der Wahrheitsgehalt bestimmter Theorien. So fragt sich die Philosophie etwa, ob es Elektronen, Protonen oder Proteine – also Entitäten theoretischer Natur, die nicht auf der Beobachtungsebene liegen – wirklich gibt. Diese Frage ist aber in der politischen Debatte weniger von Bedeutung, hier fallen Vorhersagen und Erklärungen ins Gewicht. Diese liefert die Wissenschaft.

Ist es überhaupt sinnvoll, dass Politik ihre Entscheidungen in erster Linie aufgrund wissenschaftlicher Evidenz fällt? Oder gibt es womöglich andere Faktoren – gesellschaftlich akzeptierte Normen, Religionen, Tradition usw. –, die mindestens ebenso stark berücksichtigt werden müssen?

Es braucht beides, Evidenz und Werte, und über beides muss eine Diskussion geführt werden. Über gewisse Werte grundlegender Natur können wir uns rasch einigen. Am Beispiel des Zuckerkonsums: Hier herrscht sicher weitgehend Konsens darüber, dass Menschen möglichst lange gesund bleiben und ihr Leben nicht dadurch verkürzen möchten, dass sie zu viel Zucker zu sich nehmen. Andere Werte sind umstrittener, gerade auch in Hinblick auf den Klimawandel. Hier stimmen die Wissenschaftler darin überein, dass er hauptsächlich von uns Menschen verursacht ist – umstritten sind allenfalls Details gewisser Modelle zur Berechnung. Weil hier die Evidenz klar ist, muss die Politik umso mehr über die Werte sprechen. Den einen etwa sind die künftigen Generationen relativ egal, während sich die anderen um sie sorgen. Über solche Werte sollte die Politik sprechen, aber diese Diskussion findet kaum statt.

Der internationale Klimarat (IPCC) liegt als Institution an der Schnittstelle von Forschung und Politik. Halten Sie eine solche Konstruktion für sinnvoll, um Forschungsergebnisse ins politische Handeln einzuspeisen?

Dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich in der Politik engagieren, ist sicher zu begrüssen. Ich kenne Klimaforscher, die heute in der Verwaltung tätig sind, und das ist positiv, weil sie die Natur der Wissenschaft kennen und daher ihre Aussagen besser einschätzen können. In der Politik besteht die Gefahr, dass Modelle mit der Wahrheit gleichgesetzt werden – in der Philosophie nennen wir das «Modellplatonismus». Bei astronomischen Planetenvorhersagen ist das weniger problematisch; aber Klimamodelle sind ungewisser. Die Evidenz zeigt klar, dass der Klimawandel hauptsächlich von uns Menschen verursacht ist. Aber nicht alle Details sämtlicher Klimasimulationen müssen immer der Wahrheit entsprechen. Eine andere Gefahr besteht darin, dass Wissenschaft ignoriert wird. Wenn es aber Institutionen wie das IPCC gibt, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, lässt sich wissenschaftliche Evidenz weniger leicht übergehen.

Die Technikfolgenabschätzung, die frühzeitig die Folgen neuer Techniken abzuklären sucht, ist gleich mehrfacher Unsicherheit ausgesetzt. Was ist in einer solchen Situation zu empfehlen?

Wichtig ist zu wissen, worüber genau Unsicherheit besteht. Sodann ist es bei grosser Unsicherheit sinnvoll, Handlungen zu wählen, die vielleicht nur einen relativ geringen Nutzen bringen, dafür aber auch in keinem Szenario zum Desaster führen. Wichtig ist auch die Rolle der Vorsicht, die allerdings in der Philosophie sehr kontrovers diskutiert wird. Soll ein starkes Vorsorgeprinzip umgesetzt werden, braucht dies extrem viele Ressourcen und es wird sehr teuer. Daher argumentieren gewisse Philosophen, dass Übervorsicht auch nicht mehr rational ist.

Und wie stehen Sie persönlich zu dieser Frage?

Ein volles Vorsorgeprinzip würde ich sicher nicht empfehlen. Ein qualifiziertes Vorsorgeprinzip, das minimale und maximale Unsicherheit abgrenzt und den Grad der Unsicherheit bestimmt, ist hingegen sinnvoll. Bei dieser Abgrenzung spielt die Wissenschaft eine entscheidende Rolle.